

Warten auf Kaliberg-Entscheidung in Wathlingen geht weiter



Es ist still geworden rund um den Wathlinger Kaliberg. Seit Monaten gibt es kaum noch neue Nachrichten zur geplanten Abdeckung durch das Bergbauunternehmen K+S. Dabei sollte der Planfeststellungsbeschluss des Landesbergamtes (LBEG) längst vorliegen. Im ersten Quartal dieses Jahres war ursprünglich mit einer Entscheidung der Behörden gerechnet worden. Und als dann im Juni bekannt wurde, dass zumindest ein vorläufiger Beschluss vorliegt, war eigentlich erwartet worden, dass es jetzt schnell gehen könnte. Dazu passte ja auch, dass der Konzern bereits im vergangenen Jahr mit dem Bau des Recyclingplatzes begonnen hatte.

Auch Bürgerinitiative über Stillstand verwundert

Inzwischen wundert sich selbst die Bürgerinitiative Wathlingen über den Shutdown am Monte Kali. Am Recyclingplatz ist seit Monaten nichts mehr passiert, sagt BI-Sprecher Holger Müller. „Das ist schon auffällig. Ich vermute, dass man sich angesichts der vielen Defizite und Probleme schwer tut, eine Lösung zu finden“, glaubt er.



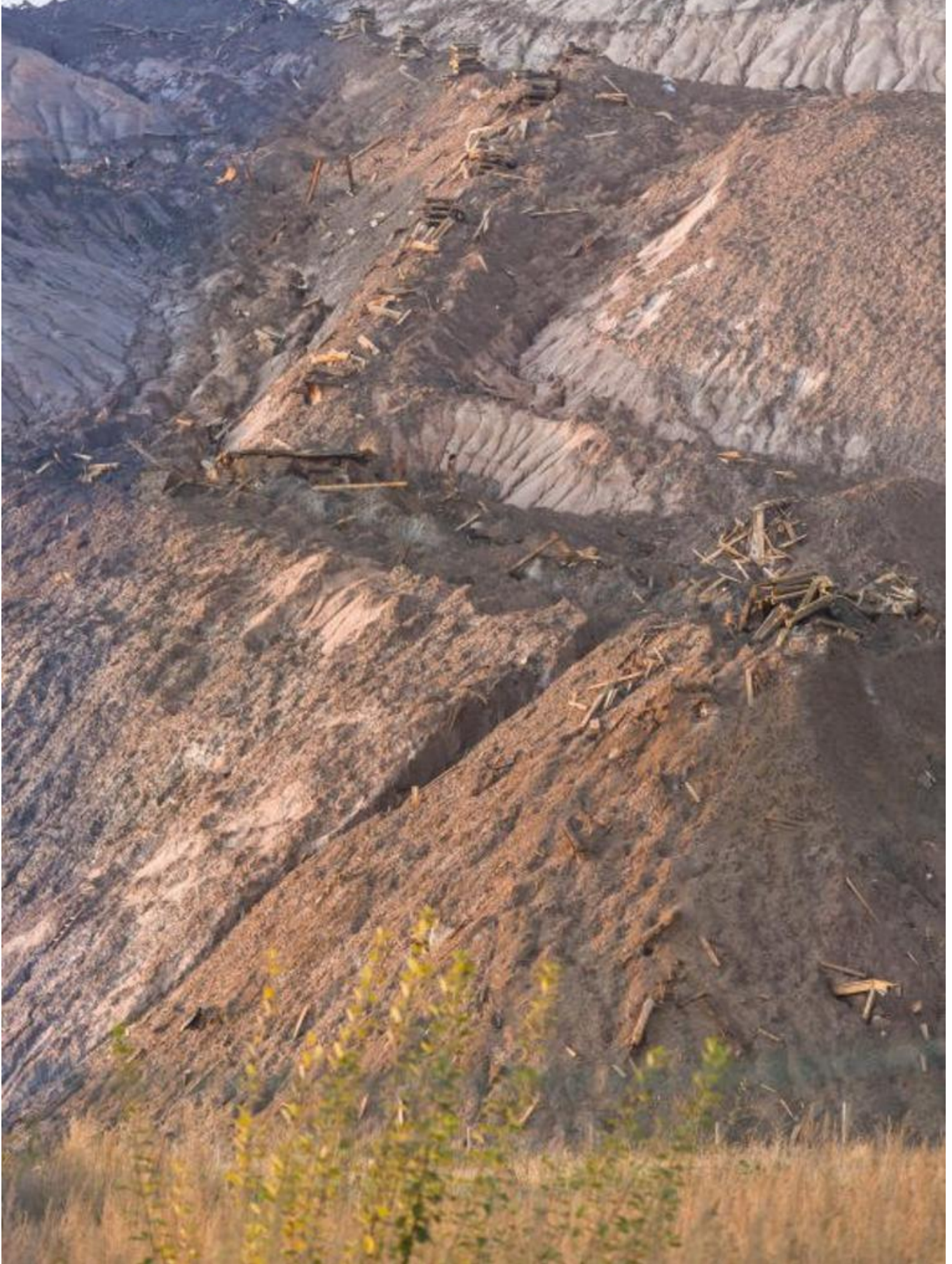
Monte Kali, die weithin sichtbare Landmarke am Rand von Wathlingen. Quelle: René Stang

Rückblick: Ende Juni hatte die Celler Politik im Kreistag ihr Einvernehmen in Sachen Wasser verweigert – gegen die Empfehlung der eigenen Verwaltung. Es war ein Knalleffekt, weil man eindeutig auf Konfrontationskurs zum Bergamt und zum Konzern gegangen war. Daraufhin hatte sich Landrat Klaus Wiswe Anfang Juli an die Oberste Wasserbehörde, das Umweltministerium, gewandt und um eine Entscheidung von höherer Stelle gebeten. Und diese Entscheidung steht nach wie vor aus.

Zwei Ministerien, Bergamt und Landkreis

Mit der Haldenabdeckung haben diverse Behörden auf unterschiedlichen Ebenen zu tun: Wirtschafts- und Umweltministerium, Landesbergamt und der Landkreis Celle.





Hinterlassenschaften der früheren Salzproduktion sind am Berg noch zu sehen. Quelle: René Stang

Der Landkreis, der im Sommer weitere Untersuchungen zum Grundwasser gefordert hatte, hat nur beim Wasser wirklich Mitspracherecht. Folgerichtig verweist Umwelt-Dezernent Gerald Höhl nach Hannover. Dort werde die Entscheidung getroffen.

Entwurf des Beschlusses liegt schon lange vor

LBEG-Sprecher Eike Bruns sagt, dass der Planfeststellungsbeschluss im Frühjahr 2020 als Entwurf fertiggestellt worden sei. Gegenwärtig prüfe das Umweltministerium die wasserrechtlichen Fragen des Landkreises Celle. „Es ist noch nicht absehbar, wann alle Prüfungen abgeschlossen sind und eine abschließende Entscheidung getroffen werden kann“, so Bruns, der seine Antwort eng mit dem Wirtschaftsministerium abgestimmt hat.

Umweltministerium kündigt Entscheidung an

Das Umweltministerium wiederum erklärt, dass die Zuständigkeit für die Planfeststellung unverändert beim LBEG liege. „In unserem Haus wird die Frage des Einvernehmens im Anschluss an den Beschluss des Kreistags Celle geprüft. Die hohe Sensibilität und Komplexität der Sachzusammenhänge erfordern eine besondere Sorgfalt und noch etwas Zeit“, sagt Ministeriumssprecher Matthias Eichler. „Wir gehen aber davon aus, dass hierzu in Kürze eine Entscheidung getroffen ist“, so Eichler.

BI Wathlingen fordert Runden Tisch

Und die Bürgerinitiative Wathlingen? Die BI lässt weiter nicht locker. Man habe Wirtschaftsminister Bernd Althusmann Anfang Juli bei einem inoffiziellen CDU-Termin am Kaliberg auf „die immensen Probleme“ mit der Halde und der geplanten Abdeckung angesprochen. „Danach hat er uns mitteilen lassen, dass er die Idee eines Runden Tisches aufgreifen wolle. Seitdem haben wir schon drei Monate lang nichts mehr von der

Sache gehört“, sagt BI-Sprecher Müller. Ein Runder Tisch unter Beteiligung der beiden Ministerien, dem LBEG sowie der Bürgerinitiativen Umwelt Uetze und Wathlingen müsse doch möglich sein. „Übrigens haben wir den Wirtschaftsminister auch darauf hingewiesen, dass wir die vom LBEG seit Jahren zugesagten Umweltinformationen zur Kalihalde, auf die ein Rechtsanspruch besteht, immer noch nicht erhalten haben“, ergänzt Müllers Mitstreiter Achim Bartsch.



So sieht das Ungetüm aus der Luft aus. Quelle: Thomas Brandt

Die BI will sich von den derzeit ruhenden Arbeiten nicht täuschen lassen, heißt es. Sie fürchtet insbesondere, dass K+S die Pläne zur Einleitung von Salzwässern anderer Standorte in Wathlingen vorantreibt. Die Folge wäre sehr viel Lkw-Verkehr. Vor allem aber würde aus Sicht der BI durch die weitere Flutung die wichtigste Alternative zur Haldenabdeckung unmöglich gemacht. Schließlich könnte die Halde nicht mehr, wie von der BI gefordert, in das geflutete Bergwerk versetzt werden. „Unser Rechtsanwalt hat bereits im Februar einen Stopp der Flutung beantragt“,

so die BI-Vertreter. Weitere rechtliche Schritte würden geprüft.

Chronologie der Ereignisse

Frühjahr 2014: Abfräsen, auflösen, aufschütten – K+S stellt seine Pläne für die Begrünung des Bergs vor. Ziel ist die Abdeckung bis zum Jahr 2040. Der Zeitplan ist kaum noch einzuhalten.

Juli 2014: Eine Delegation aus Wathlingen besucht den Kaliberg in Sehnde. Dort begann K+S 1997 mit der Abdeckung der Halde.

März 2016: 28 Bürger gründen die Bürgerinitiative Umwelt Wathlingen.

Dezember 2017: K+S beantragt beim Landesbergamt die Genehmigung der Berg-Abdeckung. Die BI nennt die Pläne „verantwortungslos“.

Januar 2018: Rund 80 Bürger demonstrieren am 4G-Park in Wathlingen gegen die Abdeckung. Sie fürchten "eine der größten Abfalldeponien Niedersachsens".

Januar 2019: In der Congress Union in Celle findet ein Erörterungstermin zur Haldenabdeckung statt. Tagelang stellen Behörden, Kommunen, Umweltverbände und Bürger ihre Fragen an K+S.

Frühjahr 2019: Der Konzern beantragt den vorzeitigen Beginn zum Bau einer Recyclinganlage. Die Genehmigung folgt Anfang Juni.

September 2019: K+S beginnt mit dem Bau des Recyclingplatzes.

Herbst 2019: Die Celler Kreis-Politik geht auf die Barrikaden. Sie fühlt sich beim Wasserrecht durch das Bergamt übergangen.

November 2019: Die Gemeinde hält weiterhin Grundstücke am Berg, die K+S für die Abdeckung braucht. Der Rat habe beschlossen, dass der Konzern keine Grundstücke bekomme, erklärt Bürgermeister

Torsten Harms.

Juni 2020: Etappensieg für K+S: Der Kasseler Konzern darf nach einem vorläufigen Beschluss den Berg abdecken.

Juni 2020: Der Celler Kreistag verweigert seine Zustimmung. Jetzt ist Hannover am Zug.